

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 15ten Monat besonders an-
genommen; im Rgr. Sachsen
u. Preuss. Sachsl.-Mittelnburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Ngr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Ngr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 151. Mittwoch, 30. Dezember. 1874.

Die heutige Nummer erscheint, mit Veränderung des letzten Theils, zugleich als Agitationsnummer. — Exemplare derselben sind gegen Einsendung des Betrags (30 Stück 9 Gr. bei frankirter, 100 Stück 20 Gr. bei unfrankirter Zusendung) von der Expedition zu beziehen.

Parteienossen! Arbeiter! Männer des Volks!

Wieder neigt sich ein Jahr zu Ende — für die Partei des arbeitenden Volks ein Jahr des Kampfs, der Verfolgungen, aber auch des Erfolgs. Im Ganzen können wir mit dem Facit zufrieden sein. Die letzte Reichstagswahl hat gezeigt, daß die Ideen der Sozialdemokratie in die Massen gedrungen sind. Statt aber daraus zu lernen, haben die Gegner unserer Sache sich dem Bahn hingegen, durch verdoppelte Verfolgungen die Sozialdemokratie anzuwurzeln zu können. Wir werden ihnen das Thörichte dieses Beginns durch die That beweisen. Wir werden fortleben und fortwachsen. Aber Ihr müßt auch zur Fahne stehen! Müßt die Ausdehnung der Partei, Eurer Partei, werten. Das Hauptmittel der Propaganda ist die Presse. Sorgt für deren Verbreitung! Insbesondere wendet sich das Hauptorgan der Partei, der „Volksstaat“, an Euch. Er fordert Eure Unterstützung, und hat ein Recht dazu, denn in mehr als fünfjähriger Kampf ist bereits für die Arbeiterrechte und die Besserung Eurer Lage getreten. Maßregelungen und Verfolgungen sind ihm dafür Theil geworden, wie keinem zweiten Blatt der deutschen Presse. Aber wie auch die Feinde der Arbeiterfrage von allen Seiten ihn hallen und bekämpfen mögen, furchtlos und unentnützlich verfolgt seinen Weg, das Banner hochhaltend, auf dem geschrieben steht: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Tod der Noth und dem Müßiggang!

Arbeiter! wenn Ihr Eure eigne Befreiung wollt, dann unterstützt dieses Blatt, haltet es selbst, schickt ihm Leser in jeder Fabrik, jeder Werkstatt, in jeder Hütte. Der „Volksstaat“ sei die getragene Nahrung des deutschen Proletariats, durch den es Belehrung seiner Unwissenheit, Trost in seinen Leiden und Hoffnung für die Zukunft schöpft.

Das Gift, das Tausende von Blättern Eurer Gegner tief in Eurer Herzen hineingetragen, die feige unterwürfige Gesinnung, die erzeugt, die falschen Lehren die sie verbreitet haben, sie müssen hinweggeräumt werden.

Ihr habt leider meist keine Zeit, wissenschaftliche Bücher zu lesen und nicht die Mittel, sie Euch anzuschaffen. Aber ein verlässliches Blatt, das Eure Interessen vertritt, Euch über das Ansehenwerthe, über Eure Lage in Staat und Gesellschaft aufklärt, das könnt Ihr lesen, dazu habt Ihr die Mittel und es zu unterstützen ist Eure Pflicht.

Ihr, die Ihr unsere Sache noch nicht zu der Euren gemacht, theilhaftig Euch an den Befreiungen Eurer Brüder, die das Organ Eurer Wünsche mit ihren schwachen Mitteln gebildet und bisher erhalten haben. Seht zur Post und abonniert; Ihr werdet einen Rathgeber und Genossen in ihm finden, Ihr müßt so wenig wie das tägliche Brod vermissen wollt. Das Blatt erscheint wöchentlich 3 Mal: des Sonntags, Mittwochs und Freitags. Der Preis des Jahrs beträgt nur 16 Gr. — 60 Pf. vierteljährlich, für den 2. und 3. Monat des Quartals nimmt jede Postanstalt besondere Bestellungen an. Das Monatsabonnement kostet 5 1/2 Gr. = 55 Pf. R. W.

Ist die Ausgabe für die Mittel des Einzelnen zu hoch, dann theilt Euch zu zwei und drei und haltet es gemeinschaftlich; es ehrt Euch und Eure Sache, indem Ihr das Blatt leset, verbreitet, es verbreitet und dadurch der Belehrung und Aufklärung Bahn schafft!

Und nun noch Eins. Tretet ein in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Wer schon Mitglied derselben ist, suche seine Freunde und Arbeitsgenossen gleichfalls für die Sache zu gewinnen, damit deren Basis täglich erweitert und deren Kampf stetig gefördert werde. Der Parteibeitrag ist auf 1 Gr. 10 Pf. pro Monat festgesetzt und bietet gewiß keinen Anlaß, deswegen abseits vom Wege der großen Arbeiterbewegung stehen zu bleiben.

Der Anschuß

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
3. Auer, Breitestr. 39, Hinterhaus I, Hamburg.
S. Venneke, Kleiner Schäferkamp 34, Hamburg.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich einmal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. (16 Gr.) pro Quartal, 5 1/2 Gr. pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband erhalten, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland 3 Mark 50 Pf. (1 Thlr. 5 Ngr.);
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 4 Mark (5 Frs.);

für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 5 Mark (6 1/4 Frs.);

für Spanien und für Amerika 6 Mark.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (Druckerlohn) auf 1 Mark 75 Pf. (17 1/2 Ngr.) pro Quartal 60 Pf. (6 Ngr.) pro Monat festgesetzt. Man abonniert

bei der Expedition dieses Blattes, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller. Für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld, u. u. bei Frau Friedrich, Anger Nr. 5, für Connewitz u. bei Teubert, Bornaische Straße Nr. 19, für Klein-Flöha und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg und Reudnitz bei Zschau, für Plagwitz und Lindenau bei Herrn Schuster, Merseburgerstraße Nr. 26, für Gohlis u. bei D. Peulert, Hauptstraße Nr. 19, für Stötteritz bei Fr. Bogenitz, Hauptstraße Nr. 38.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf. (7 1/2 Sgr.) frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Mariannenstraße Nr. 4, 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstraße Nr. 34 im Laden; S. Schmann, Grünthalerstr. 34.

Den „Volksstaat“-Abonnenten und Filial-Expeditionen zur Nachricht, daß mit Ablauf dieses Monats die Abonnementsgelder für das laufende Quartal beglichen sein müssen, und werden die Restanten hierdurch zur schleunigen Erfüllung ihrer Pflicht aufgefordert. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, das Abonnement für das erste Quartal 1875 rechtzeitig erneuern zu wollen.

Alle Expeditionen der mit uns in Tausch stehenden Zeitungen u. werden ersucht, uns durch die Post auch für das neue Quartal ihr Blatt zukommen zu lassen.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

Unser Programm.

Auf dem Eisenacher Congreß, welcher am 7. 8. und 9. August des Jahres 1869 tagte, einigten sich die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie über folgendes Programm:

I. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.

II. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

- 1) Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
- 2) Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
- 3) Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
- 4) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
- 5) In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, giebt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
- 6) In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft giebt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinigtes gestattet, als Zweig der internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

- 1) Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevvertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
- 2) Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Berwerfungsrecht) durch das Volk.
- 3) Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.
- 4) Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
- 5) Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche.
- 6) Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
- 7) Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschwornen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.

8) Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitions-Gesetze Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit, Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeitshausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Konkurrenz.

9) Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.

10) Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Kein Programm ist vollkommen. Ein Programm soll und kann nur die im Augenblick seiner Aufstellung bestmögliche Fassung des von der Partei Angestrebten darbieten. Die Welt ist aber in beständigem Fluß — was gestern das bestmögliche war, ist es heute nicht mehr; und so verzieht es sich denn von selbst, daß in unserem, schon vor 5 1/2 Jahren entworfenen Programm sich manches befindet, was heute entweder gar nicht oder in anderer Form erwähnt worden wäre; und daß umgekehrt manches fehlt, was heute nicht unerwähnt bleiben dürfte. Wie dem jedoch sei, das Eisenacher Programm ist das weitestgehende, klarste und folgerichtigste Programm politischer und sozialer Umgestaltung, welches bislang in Deutschland aufgestellt worden ist; und, da wir nicht Buchstabenanbeter sind, so wird es leicht sein, dasselbe bei erster sich bietender Gelegenheit von den formellen und redaktionellen, den Kern nicht berührenden Mängeln, welche zu Tage getreten sind und noch zu Tage treten sollten, zu reinigen.

Zunächst noch einige Bemerkungen über den Namen unserer Partei; sie nennt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei; unser Banner ist das der Sozialdemokratie. Sozialdemokratisch und Sozialdemokratie bedeutet mehr als demokratisch, Demokratie. Demokratie heißt: erstens Regierung durch das Volk, zweitens die Gemeinschaft Derer, welche die Regierung durch das Volk erstreben; demokratische Forderungen sind Forderungen, welche auf die Regierung durch das Volk hinielen.

Häufig wird das (aus dem Griechischen stammende) Wort Demokratie Volksherrschaft übersetzt. Das ist aber nicht ganz korrekt, jedenfalls nicht der vernünftigsten Auffassung des Begriffs Demokratie entsprechend. Das „Volk“ ist die Gesamtheit der Staatsangehörigen, und die Gesamtheit kann nicht herrschen, weil außer ihr Niemand existirt, der beherrscht wird. Ein Herrscher setzt mit Nothwendigkeit einen Beherrschten voraus — wo Keiner beherrscht wird, weil Alle an der Regierung theilnehmen, giebt es selbstverständlich keine Herrschaft.

Daß alle Staatsangehörigen — die unmündigen natürlich nicht eingeschlossen — gleichberechtigt an der Regierung des Staats Theil nehmen sollen, ist eine durchaus vernünftige Forderung, und ferner läßt sich nicht leugnen, daß die Durchführung eines solchen Staatssystems auch die Abschaffung des gesellschaftlichen Elends bedingen würde. Warum also nicht den Namen „Demokratie“ beibehalten, der eine Geschichte hat? Gerade weil er eine Geschichte hat. Seit dem Emporkommen der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassegegensätzen und ihrem Klassenkampf ist die Fahne der Demokratie vielfach dazu benutzt worden, die Klust, welche zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft gähnt, dem Auge des Volks zu verhüllen; ja wir haben es erlebt, daß die Feinde des arbeitenden Volks unter der Fahne der Demokratie gegen das arbeitende Volk gekämpft haben. Selbst in dem Munde derjenigen Demokraten, welche ehrlich die Regierung durch das Volk wollen, hat das Wort Demokratie einen wesentlich auf das politische, das staatliche Gebiet beschränkten Sinn. Es ist dies eine unlogische Auffassung, allein sie besteht nun einmal, und der Name Demokratie konnte darum einer Partei nicht genügen, welche zwar die Regierung durch das Volk anstrebt, aber auch begriffen hat, daß die Regierung nicht Zweck ist, sondern Mittel; daß der Zweck des Staats es ist, allen seinen Angehörigen die höchstmögliche Summe von Wohlergehen zu sichern, und daß dieser Zweck nur verwirklicht werden kann durch eine gerechte Regelung der für die Gesellschaft nothwendigen Arbeit.

Im Worte Sozialdemokratie, sozialdemokratisch drückt diese Anschauung sich aus. Sozial heißt gesellschaftlich, die Gesellschaft betreffend; Sozialdemokratie: die Regierung durch das Volk auf gesellschaftlichem Gebiete so gut wie auf staatlichem; die gerechte, vernunftgemäße, menschenwürdige Ordnung von Staat und Gesellschaft.

Arbeiterpartei nennen wir uns, weil das arbeitende Volk das nächste Interesse und, kraft seiner Zahl, allein die Macht hat, eine derartige Ordnung herzustellen. Und, wohlgemerkt, unter arbeitendem Volk verstehen wir nicht bloß die Industriearbeiter, sondern Jedem, der nicht von der Arbeit Anderer lebt, also außer den städtischen und ländlichen Lohnarbeitern auch die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden.

Setzt zu unserem Programm. Der erste, die allgemeinen Grundsätze enthaltende Theil (I, 1—6) ist wesentlich nach den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation formulirt, welche lauten:

„In Erwägung,
Daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß;
Daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole ist, sondern für

gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschafft;

Daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zu Grunde liegt — dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verklammerung und der politischen Abhängigkeit;

Daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, untergeordnet ist;

Daß alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher gescheitert sind aus Mangel an Einigung unter den mannichfachen Arbeitszweigen jedes Landes, und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;

Daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittenen Länder abhängt;

Daß die gegenwärtig sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellsten Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen wachruft, zugleich feierliche Warnung ertheilt gegen einen Rückfall in die alten Irrthümer, und zur sofortigen Zusammenfassung der noch zusammenhängelosen Bewegungen drängt; Aus diesen Gründen ist die Internationale Arbeiter-Assoziation gestiftet worden.

Sie erklärt:
Daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zu einander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität;
Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten.

Dies das Statut der Internationalen Arbeiterassoziation. — Punkt 1 unseres allgemeinen Programms (I) bedarf keiner Erläuterung. Ein Blick auf die heutigen Zustände zeigt deren Ungerechtigkeit, und die Ungerechtigkeit zu bekämpfen ist die Pflicht jedes Menschen und das Interesse aller derjenigen, die unter ihr leiden.

Punkt 2 II stempelt die Behauptung unserer Gegner, die Sozialdemokratie wolle der Arbeiterklasse die Herrschaft im Staate verschaffen, zur Verläumdung. Wir haben schon gesagt, daß der Begriff der Herrschaft überhaupt ein undemokratischer ist und folglich auch den Prinzipien der Sozialdemokratie widerspricht. Denn alle freiheitlichen Forderungen der Demokratie sind zugleich Forderungen der Sozialdemokratie. Der Unterschied zwischen Demokratie und Sozialdemokratie ist: daß diese die Konsequenzen zieht, welche jene, in bürgerlichen Vorurtheilen befangen, nicht zu ziehen den Muth hat. Die Sozialdemokratie ist konsequente Demokratie. Sie will eine Staats- und Gesellschaftsorganisation, die, fußend auf der Gleichberechtigung aller Menschen, die Quellen der Ungleichheit verstopft, weder Herren noch Knechte duldet, und eine brüderliche Gemeinschaft von freien Menschen begründet.

Um dies zu ermöglichen, muß die heutige Produktionsweise beseitigt, muß die ökonomische Basis der Gesellschaft, d. i. die Art der Arbeit, das System der Arbeit (des Produzierens) in der Gesellschaft reformirt werden.

Die Mutter aller gesellschaftlichen Reichtums, aller Kultur ist die Arbeit. Was wir sind und haben, sind und haben wir durch die Arbeit. Der Arbeit verdanken wir Alles. Nicht unserer persönlichen Arbeit, wenigstens nur zu einem verschwindend kleinen Bruchtheil, sondern der allgemeinen, gesellschaftlichen Arbeit. Es ist sehr wohl möglich — und wir sehen es ja häufig genug —, ohne persönliche Arbeit die Segnungen der Kultur zu genießen; es ist aber auch dem Arbeitsmüden, dem Arbeitsträgsten bei angestrengtester Arbeit absolut unmöglich, als Kulturmenschen zu leben ohne die allgemeine gesellschaftliche Arbeit, denn sie hat erst die Kultur geschaffen, und ohne sie wären wir Thiere, nicht Menschen. Hieraus ergibt sich die kommunistische Natur, das zur Gemeinschaft drängende Wesen der Arbeit, auf welchem Staat und Gesellschaft beruhen. Diesen kommunistischen Charakter hat die Arbeit stets gehabt: die des antiken Sklaven und des mittelalterlichen Leibeigenen, wie des modernen Lohnarbeiters. Aber das Produkt der Arbeit hat ihn nicht gehabt, und hat ihn noch jetzt nicht. Der antike Sklave arbeitete für seinen Bestzer; der mittelalterliche Leibeigene für den Grundherrn; und der moderne Lohnarbeiter arbeitet für den Kapitalisten. Hier steht die Inkongruenz, hier das Unrecht, dem abzuhelfen das Ziel der Sozialdemokratie ist. Der gesellschaftlich kommunistische Charakter der Arbeit soll auf das Produkt der Arbeit ausgedehnt werden; das Produkt der Arbeit soll Eigentum der Arbeiter sein; die Arbeit nicht länger Gemeinamkeit des Elends, sondern des Genusses.

Man sieht, wie lächerlich der Vorwurf ist, wir wollten das Eigentum abschaffen. Nicht das Eigentum soll abgeschafft werden, sondern die Enteignung des Eigentums, das falsche Eigentum, welches Aneignung fremden Eigentums ist, der gesellschaftliche Diebstahl. Expropriation der Expropriateure, hat Marx es genannt. Uebrigens hätten Leute, die sich zum Christentum bekennen, kein Recht, selbst gegen das „Theilen“ zu zern, denn das neue Testament predigt den Kommunismus in der „rohesten“, unwürdigsten Form, und die ersten christlichen Gemeinden, die noch die „ganz reine Lehre“ hatten, trieben das „Theilen“ mit großer Gründlichkeit und sollen es auch auf die Weiber ausgebeutet haben.

Betrachten wir die gegenwärtigen Zustände. Wer will leugnen, daß die Mehrheit der Menschen in den traurigsten Verhältnissen lebt, und daß nur eine Minorität so gestellt ist, daß sie die Mittel zu einem menschenwürdigen Dasein hat? Die Zweifler verweisen wir auf die Statistik, deren Biffen keinen Widerspruch dulden und nur von der Unwissenheit und Böswilligkeit ignorirt werden können.

Die ökonomische Ungleichheit an sich ist aber nicht das Schlimmste: die Arbeit schafft alle Reichthümer, und wären die, welche arbeiten, reich in dem Maße ihrer Arbeit, und die, welche nicht arbeiten, arm, so hätte diese Ungleichheit eine gewisse Berechtigung; in der Wirklichkeit verhält es sich aber umgekehrt. Wie der von unseren Gegnern als Autorität verehrte bürgerliche Nationalökonom John Stuart Mill mit schneidender Schärfe erklärt, sind in der heutigen Gesellschaft die Glücksgüter im umgekehrten Verhältnis der geleisteten Arbeit vertheilt. Wer am meisten arbeitet, hat am wenigsten; wer wenig oder nicht arbeitet, hat viel. Die Armuth ist für die Arbeit, der Reichthum für die Nichtarbeit; die Arbeiter, welche den sog. „Nationalreichtum“ erzeugen, sind von ihm ausgeschlossen: er ist das Monopol der Nichtarbeiter. Dadurch wird die Ungleichheit zur empörendsten Ungerechtigkeit. Und diese Ungerechtigkeit ist ein Bruchmal unserer gerühmten Zivilisation, das Jeder, der einen Funken von Ge-

rechtigkeitssinn hat, bemüht sein muß wegzuschaffen. Palliativmaßnahmen, die bloß die Oberfläche berühren, bloß Symptome zu lindern, verschlimmern das Uebel; es muß an der Wurzel gefaßt, mit der Wurzel ausgerottet werden. Aller Reichthum ist die Frucht der Arbeit, lehrt die Nationalökonomie — die Arbeit soll die Frucht der Arbeit ächten! fordert die Gerechtigkeit, fordert die Sozialdemokratie. Die jetzige Ungerechtigkeit entspringt daraus, daß die Arbeit nicht für sich selbst arbeitet, daß sie sich für Lohn an die Nichtarbeit verkaufen muß und von dieser „ausgebeutet“ wird. Mit einem Worte: aus dem System der Lohnarbeit. Die jetzige Ungerechtigkeit ist nur dadurch zu beseitigen, daß die Arbeit aufhört für die Nichtarbeit zu arbeiten, und daß sie statt dessen für sich selbst arbeitet. Einzelarbeit ist unproduktiv; die Arbeit muß gemeinsam sein. Also: Gemeinsame Arbeit zum Nutzen jedes Einzelnen — gemeinsame Arbeit und gemeinsamer Genuß der Früchte der Arbeit. Das ist's, was wir an Stelle des heutigen Ausbeutungssystems setzen wollen. Die sozialistische Assoziation an Stelle der Lohnarbeit! — „Wo bleibt aber das Kapital?“ Nun, wohin es gehört: bei der Arbeit. Es giebt kein Kapital außer durch die Arbeit. Es soll kein Kapital geben außer für die Arbeit. Von Charlatanen wird freilich behauptet, das Kapital erzeuge Werthe so gut als die Arbeit — die Probe läßt sich leicht machen: mögen die Kapitalanbauer ihr Kapital, mögen sie alles Kapital der Erde auf einen Haufen zusammenschleppen, und nach Jahresfrist wird auch nicht für einen Pfennig Neuwert herausgewachsen, wohl aber der Werth der daliegenden Masse beträchtlich vermindert sein. Das Kapital ist nicht bloß das Kind der Arbeit, es kann auch nicht wachsen, nicht fortdauern ohne die Arbeit. Das Kapital hat gegenüber der Arbeit kein Recht; während die Arbeit gegenüber dem Kapital das Eigentumsrecht hat. Die herrschende Produktionsweise hat das natürliche Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital umgedreht, und die Arbeit zur Sklavin des Kapitals gemacht. Oder ist unsere Lohnarbeit nicht Sklaverei? Ist der moderne Lohnarbeiter etwa freier als der antike Sklave, weil er den Herrn wechseln kann? Rettet der Hunger ihn nicht fester und unbarmherziger an die Arbeit als die festeste Eisenkette? — „Doch“, wendet man uns oft ein, „die Arbeiter stehen sich heute besser als in früheren Jahrhunderten.“ Ob die Behauptung richtig oder falsch, lassen wir unerörtert. Selbst wenn richtig, würde sie nichts beweisen. Nicht Besserstellung fordert der sozialdemokratische Arbeiter, sondern Gleichstellung. Er will nicht länger für Andere arbeiten; er will, daß Jeder in gleichem Maße die Früchte der Arbeit, die Segnungen der Kultur genieße. Er hat genug Logik und Gerechtigkeitssinn, um für sich keine bevorzugte Stellung zu beanspruchen, er will aber auch keine untergeordnete Stellung einnehmen.

Die Fortdauer der heutigen Produktionsweise verträgt sich nicht mit der Fortdauer der Gesellschaft. Die kapitalistische Großproduktion war ein Fortschritt, ist aber ein Hemmnis geworden. Sie genügt nicht mehr den ökonomischen Bedürfnissen der Gesellschaft, d. h. der Gesamtheit — nicht der sich gerne „Gesellschaft“ nennenden winzigen Minorität der Privilegirten —; ganz abgesehen von der ungerechten Vertheilung des Arbeitsproduktes ist sie unfähig, allen Gesellschaftsmitgliedern das zum menschenwürdigen Dasein Erforderliche zu liefern, und muß schon darum durch eine höhere Produktionsform ersetzt werden, welche diese Bedingungen erfüllt. Und das kann nur die allgemeine gesellschaftliche Produktion, die sozialistische Organisation der Arbeit, die das konzentrierte Gesamtkapital der Gesellschaft zum Vortheil der Gesamtheit verwendet. Es ist ein Irrthum, der aus der Verwechselung der Gesellschaft mit der privilegierten Minorität, mit den herrschenden Klassen hervorgeht, daß man uns beschuldigt, um auf den Trümmern dann einen phantastischen Neubau aufzuführen zu können. Wir wollen nur beseitigen, was die gesunde, vernünftige Weiterentwicklung der Gesellschaft hindert, nur erwirken, daß die Interessen der großen Mehrheit nicht länger denen der Minderheit geopfert werden, und daß, statt der Privilegien Einzelner, statt des politisch-sozialen Monopols, das Recht und Interesse Aller, die Gerechtigkeit zum obersten Gesetz in Staat und Gesellschaft werde. Was sich überlebt hat, was den steigenden Kultur-Bedürfnissen der Gesellschaft nicht mehr genügt, soll aufhören, dem emporstrebenden neuen Leben Luft und Sonne zu nehmen. Wir wollen die organische Weiterentwicklung unserer Kultur, die durch die jetzige Klassenherrschaft aufgehalten wird. Wer heututage die Abschaffung der Maschinen, die Wiedereinführung der mittelalterlichen Kleinindustrie vorschlägt, würde für verächtlich gelten, denn Jedermann weiß, daß jener Kleinproduktion eine höhere, ergiebigere Produktionsmethode gefolgt ist: die Großindustrie. Wer aber im Mittelalter, ja wer noch Mitte des vorigen Jahrhunderts gesagt hätte, die Kleinproduktion ist zu kostspielig, zu unergiebig — sie muß durch eine industrielle Revolution, welche ein anderes Produktionssystem zur Herrschaft bringt, von der Erde gefegt werden, der wäre für — nun für etwas Aehnliches angesehen worden, wie wir jetzt von den Fanatikern der heutigen Gesellschafts-Ordnung, richtiger Gesellschafts-Unordnung, angesehen werden. Wer in 50 Jahren die Wiedereinführung der heutigen Zustände befürwortet, wird in Gefahr sein, mit dem Tollhaus Bekanntschaft zu machen. Und uns, die wir die Reform der heutigen Zustände verlangen, verläumdete und verfolgt man. Und doch ist es gerade so gewiß und nothwendig, daß die heutige Produktionsweise durch eine höhere verdrängt wird, als daß die mittelalterliche Produktionsweise durch die heutige verdrängt werden mußte. Nicht wir sind Utopisten, unpraktische Träumer, wie man uns so gerne nennt, Diejenigen sind es, welche vergängliche Formen für ewig halten, und sie durch Gewaltmaßregeln vor dem Untergang bewahren zu können glauben. „Die Kommunisten“, sagt das „Kommunistische Manifest“, stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existirenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“

Nach dieser Ausführung wird Punkt 3 II unseres Programms Niemandem unklar sein. Wie richtig der Satz ist, daß die „ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapital die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form (namentlich auch der politischen Unfreiheit) bildet“, läßt sich durch ein einfaches Beispiel nachweisen. Man nehme an, einem Volke werden alle politischen Freiheiten gewährt: allgemeines gleiches Wahlrecht, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit u. s. w.; das System der kapitalistischen Produktion, der Lohnarbeit, bleibe aber bestehen — was wäre die Folge? Die Ungleichheit: Elend der Massen und unverhältnißmäßiger Reichthum einiger Wenigen würde fortbauern,

die arbeitende Mehrheit des Volkes wäre ökonomisch abhängig von den besitzenden Minderheit und diese ökonomische Abhängigkeit würde alle politischen Freiheiten rein illusorisch machen, sie jedwede praktischen Werthe berauben. Haben wir nicht bei den Reichthumstagewahlen zur Genüge erfahren, daß der Druck, welchen über den Kapitalist auf seinen Lohnsklaven ausübt, weit stärker ist als der Druck selbst des reaktionärsten Staates?

Setzen wir dagegen den umgekehrten Fall: die politischen und Freiheiten werden dem Volk vorenthalten, die Arbeit wird ausgebeutet, und so wie wir es verlangen, durch sozialistische (genossenschaftliche) Produktion und sozialistische Vertheilung des Arbeitsproduktes „jedem Arbeiter sein voller Arbeitsertrag“ gesichert, was wäre die Folge? Die herrschende Minderheit würde ihre Machtmittel verlieren, die ausschließlich in der heutigen Produktionsweise, in der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ihren Hauptstapel haben, und die ökonomische Unabhängigkeit würde der Masse des Volkes sehr bald in die Lage bringen, sich auch der politischen Unabhängigkeit zu erklämpfen. Dieser Fall kann freilich nicht in Wirklichkeit eintreten wie der andere; denn „die soziale Frage ist untrennbar von der politischen“, (Punkt 4, I) die vernünftig organisierte Gesellschaft nur denkbar im freien Staat.

Punkt 5 II spricht für sich selbst. Ohne einheitliche Organisation keine wirksame Propaganda, keine wirksame Aktion. Einzig heutzutage Organisation ist das Zusammenfassen der Kräfte, ihre Sammlung in einem Brennpunkt. Vereinzelt macht jeder Einzelne ohnmächtig; zersplitterte Kräfte sind keine Kraft. Vereinigung addirt nicht bloß, nein multipliziert, vervielfacht die Kräfte.

Ebenso einleuchtend ist Punkt 6 II. Die ökonomischen und demgemäß auch die politischen Zustände sind wesentlich die gleichen in allen Culturländern. Kein Staat ist aber heututage durch eine chinesische Mauer von dem andern abgeschlossen. Trotz der noch künstlich aufrecht erhaltenen Schranken, haben sämmtliche Culturländer eine gemeinsame Entwicklung, eine gemeinsame Schicksale. Jedes beunruhigt das andere und wird von ihm beunruhigt. Alle Parteien sind darum heututage mehr oder weniger international. Und die unsrige ist es in höherem Maße als alle anderen Parteien, weil sie nationale Schranken nicht kennt, und, auf rein menschlichem Standpunkt stehend, an Alles den rein menschlichen Maßstab anlegend, in den Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten und Staaten nur Menschen erblickt. Organe gleich wir in dem Staat, dessen Bürger wir sind, das nächste unmittelbare Feld unserer Thätigkeit haben, so vergessen wir darüber doch nicht das Weltbürgerthum, die allgemeine Menschheit, die Verbrüderung. Und wir wissen: wo immer für die Sache der arbeitenden und unterdrückten Volkes gekämpft wird, da wird unsere Sache gekämpft.

Der zweite Theil unseres Programms (III) braucht nach dem bereits Gesagten nicht erläutert zu werden; die Forderungen der ersten 9 Punkte haben wir mit der Demokratie gemein und können dieselben dem zeitunglesenden Publikum vertraut. Sogar die Einführung des Normalarbeitstags (staatliche Beschränkung der Arbeitszeit auf gewisse Stunden) und das Verbot der Kinderarbeit in den heutigen Fabriken sind Forderungen, welche die öffentliche Meinung der Gebildeten längst gutgeheißen hat.

Streng sozialdemokratischen, spezifisch sozialistischen Inhalte ist bloß Punkt 10, der von Produktivgenossenschaften mit Staatskredit handelt; und dieser Punkt ist durch unsere vorherigen Ermahnungen vollständig erledigt.

Das ist unser Programm.

Wir wollen Gerechtigkeit und bekämpfen das Unrecht.
Wir wollen die freie Arbeit und bekämpfen die Lohnsklaverei.
Wir wollen das Wohlergehen Aller und bekämpfen das Elend.
Wir wollen die Bildung Aller und bekämpfen die Unwissenheit und Barbarei.

Wir wollen Friede und Ordnung, und bekämpfen den Völkermord, den Klassenkrieg, die gesellschaftliche Anarchie.

Wir wollen den sozialistischen Volksstaat und bekämpfen den despotischen Klassenstaat.

Wer das Gleiche will, wer das Gleiche bekämpft, der schließe sich uns an!

Arbeiter, organisiert Euch!

Was will, was soll und was vermag eine Organisation der Arbeiter? — Können wir diese Fragen beantworten, dann wird jeder Leser den Ruf verstehen: Arbeiter, organisiert Euch!

Drum frisch an die Erläuterung, wenngleich wir im Wesentlichen nichts Neues zu sagen vermögen. Aber weniger das Neue als das Wahre, Gute und Nützliche, welches sich für alle Arbeiter in den Worten „organisiert Euch“ ausdrückt, soll uns interessieren. Und alles, was wahr, gut und nützlich ist, kann nicht oft genug wiederholt, nicht oft genug in unser Gedächtniß zurückgerufen werden.

Was will eine Organisation der Arbeiter? — Will sie die zur Erkenntniß ihrer Klassenlage gelangten Genossen zum gemeinsamen Streben zusammenführen, sie will dieselben aus ihrer oft trost- und hilflosen Vereinsamung herausreißen, sie will gleichgesinnten, gleichgestellten, gleichbedrückten Freunden einen Ganzen vereinigen. Ihr liegt in diesem Bestreben der Dank zu Grunde, daß eine gute Sache, wenn sie auch noch viele Anhänger hat, verloren ist, sobald jeder von ihr Betroffene allein seiner Wege geht oder gar völlig nutzlos und gleichgültig sich hinter den Ofen hockt, nach dem Sprichwort: Sehe jeder, wer er bleibe! — Die vielen Erfahrungen, welche die Menschheit seit Jahrhunderten auf diesem Gebiete sich angeeignet hat, sprechen alle wie mit feurigen Zungen: Wer etwas erreichen will, der verbünde sich! Wer seine Sache als berechtigt erkannt hat, der werbe ihr Streiter, bevor er ihren Feinden den Fehdehandschuh hinwirft!

Daß aber die Arbeiter des neunzehnten Jahrhunderts eine rechtige Sache vertreten, bedarf hier keiner besonderen Erörterung. Die politische und ökonomische Bevormundung und Ausbeutung des Arbeiters aufzuheben, das ist der Kern der großen Arbeiterfrage. Dieser Kern steht noch in harter Schale — die moderne Gesellschaftsordnung, auch die kapitalistische Produktionsweise, heißt diese Schale. Es gilt den Kern aus ihr herauszulösen, die menschenbedrückende sozialistische oder genossenschaftliche Produktionsweise wahr machen zu können. Und dieses Bestreben fördern, in eine kampffähige Bahn einzulenken, das will die Organisation! Die Arbeiter zu befreien, ist ihr Zweck, Arbeiter zu vereinigen, ist ihr Mittel.

Und was soll diese Organisation? Sie soll die Arbeiter zu neuen Menschen erziehen. So lange der Arbeiter in seinem Leid hindrückt, ist er verdrießlich und unglücklich, knechtisch gegenüber seinen Vorgesetzten und unverträglich gegenüber seiner Familie, wie seinen Genossen. Statt daß der Arbeiter zu Idealen erheben sollte, bleibt er in seiner Vereinzlung

vollständig, kurzfristig und engherzig. Er magt nicht zu hoffen, da
gigter liberaler nur ein chernes Dufch erblickt. Er singt „Freund ich
jedem zufrieden“, während seine Gleichgültigkeit veranlaßt, daß sein
Reichthum fällt, seine Frau und Kinder allen Familienfreuden durch
übermäßige Arbeit entzogen werden, kurzum, daß er von Tag zu
Tag abhängiger wird. Von diesem Uebel, das am Herzen des
Arbeiterstandes wie Gift nagt, soll die Organisation die Arbeiter
tätigkeitsmäßig befreien. Und sie thut dies, indem sie den Arbeitern den
abweg zeigt, welcher sie besseren Zeiten und Zuständen entgegen
helfen kann. Die Ideale, welche den Arbeitern auf diesem weiten Wege
arbeitervorschaubere, verhindern ein Erschlaffen, ein Abstumpfen und Ver
malmung, sie sind des „Schweißes der Edlen werth“, weil sie im
Nachdenken nach ihnen nicht wie Lastgebilde zerfließen, sondern sich
tätig schon heute fühlen und betasteten lassen. Die Organisation ist der
ihm überstark, dem sie sich fügen. Wer wollte leugnen, daß die
Organisation der Arbeiter in den letzten Jahren nicht schon
Triumphe gefeiert hätte? Und diese Triumphe entsprangen thar
treilichlichen Errungenschaften! Ohne Organisation schwächelten noch
viele Arbeiter im Joch überlanger Arbeitszeit, ohne Organisation
4. wäre der Lohn der meisten Arbeiter noch schlechter als heute, ohne
Bundorganisation der Arbeiter feierte das Kapital seine Feste noch
deutlicher als ohnehin, ohne Organisation hätten wir keine Wahl
Erträge trotz des allgemeinen Wahlrechts, ohne Organisation wären
ihre Arbeiter nichts, weil bewegungslos. Angesichts solcher That
tatsachen übt die Organisation die von ihr geforderte Erziehung der
Arbeiter aus. Doch — fügen wir hinzu — noch lange nicht
Zufriedenheit! Nicht ein kleiner Bruchtheil der Arbeiter soll für die
Förderung der Interessen des Arbeiterstandes erzogen werden, nein
in alle Arbeiter sollen dies. Und daher liegt es an den Arbeitern
selbst, wie viel oder wie wenig ihre Organisation vermag.

Mit diesen Worten kommen wir zur dritten Frage: Was
überhaupt die Organisation? Die Antwort ist leicht: sie ver
mög das, was sie will, wenn sie erreicht hat, was sie soll. Des
halb liegt denn auch ihr Schwerpunkt in dem, was sie soll.
Nur ihr Vermögen ist auch trotzdem noch verschieden, je nach
dem sie geartet ist. Sobald die Organisation nur einem losen
Bündel gleicht, wird sie weit weniger schlagfertig sein, als wenn
sie fest gegliedert dasicht und die Gedanken aller ihr Angehörigen,
n rei es im Süd oder Nord, einheitlich auf die gemeinsam erforderten
Ziele hinlenkt. Insofern ist die einheitliche Organisation die starke
Organisation! Durch sie ist es möglich, in den eigenen Reihen
die Arbeit über die zu verfechtenden Prinzipien, wie über die zu
beobachtende Taktik zu schaffen. Dabei bedingt die einheitliche
Organisation keineswegs das persönliche Regiment, vielmehr wird
die nur so lange eine „einheitliche“, der Gleichberechtigung huld
igende Einrichtung sein, als sie selbst, und nicht irgend eine Person
herrscht. Die Organisation in der Herrschaft zu erhalten, muß
das beständige Bemühen jedes Genossen sein, selbst dort, wo die Form
derselben durch politische Eintracht zerbrochen wurde. Denn die
Form allein thut's nicht. Der Geist geht weit darüber und kann
sich in allen Formen wiederfinden.

Arbeiter! schaut euch zusammen in der Organisation. Sie
kannst der Kahn, womit ihr die Hochfluth der heutigen Zeit durch
entlasten könnt. Bleibe keiner von euch abseits am Wege stehen,
ndem er meint: auf mich kommt's nicht an. Ihr müßt euch
abhalten stählen im Kampfe für eure Interessen, eure Rechte, und das
Staatvermögen auch nur die Organisation. An Orten, wo noch keine
Parteiorganisation besteht oder wo es, je nach den Verhältnissen,
auch an lokalen Vereinigungen fehlt, da treten zusammen und
gründet eine Organisation. Wendet euch an den Partei-Aus
schuß (Hamburg, 3. Auer, Breitestraße 39), um zu erfahren,
welche Pflichten ihr der Gesamtorganisation schuldet, und befehlt den
„Elen-Vollstaats“, um zu hören, wie es euren Brüdern in der Nähe
und Ferne geht. Thut ihr dies, werbet ihr von Versammlung
zu Versammlung neue Genossen, dann werdet ihr als Männer
der That gewahren, daß ihr, wie noch nie, euer Schicksal selbst
in Händen haltet!

Daher nochmals: Arbeiter, organisiert euch!

Sozialdemokratie und Revolution.

Aus einer „ungehaltenen“ Bertheidigungsrede im Leipziger
Hochverrathesprozeß.

Unsere Partei ist eine propagandistische und sucht sich die
Majorität der Bevölkerung zu gewinnen; haben wir die Ma
jorität, so haben wir der feindlichen Minorität gegenüber das
Recht wie die Macht, den Staat im Geiste unserer Prinzipien um
zugestalten. Dem widerspricht der Herr Staatsanwalt und sagt:
Die Majorität hat nicht das Recht gegen den Willen der
Minorität die Staatsverfassung zu ändern. Kein Parlamentsbe
schluß hat rechtliche Gültigkeit, wenn nicht der Kaiser oder der be
herrschende Landesherz ihm zustimmt.“ Das ist in soweit richtig,
als nach dem konstitutionellen Codex — aber dessen Veran
staltung über Unvernunft ich hier nicht auszulassen habe — weder
Kaiser noch Volkvertretung einseitig Gesetze machen und Verfas
sungsänderungen vornehmen können. Legal bildet die Volkver
tretung einen gleichberechtigten Faktor neben der Krone, und in
Ansehung der Volkvertretung herrscht das Majoritätsprinzip. Wo
über allgemeines Stimmrecht besteht, ist die Majorität des
Volkes gesetzlich zur Theilnahme an der Regierung berufen; ist
dieses Recht der Theilnahme an der Regierung vom Staatsgrund
gesetz anerkannt. In Deutschland der Majorität des Volkes das
Recht, gegen den Willen der Minorität die Gesetze und die Staats
verfassung zu ändern, abstreifen wollen — heißt das nicht, das
allgemeine Stimmrecht, welches seit 1867 deutsches Reichsgrund
gesetz ist, für eine reine Farce erklären? Heißt das nicht, unsere
Regierungen, insbesondere die preussische und deren leitenden
Staatsmann“ der skandalösesten politischen Heuchelei bezüchtigen
und die verwerfliche, durch und durch unethische, ächt jesuitische
Methode untersuchen, das Volk durch ein werthloses Scheinrecht
ausführen zu wollen? Von Zweien Eins: Entweder wir haben
das allgemeine Wahlrecht ehrlich, als Realität. Und dann hat
das herrschende Gesetz die Majorität des Volkes das Recht, ihren
Willen im Staat zur Geltung zu bringen. Oder die Majorität
des Volkes hat dieses Recht nicht, und dann ist unser allgemeines
Wahlrecht eine Farce. Wenn wir auf dem Boden des allgemeinen
Wahlrechts unseren Prinzipien die Majorität, und durch die Ma
jorität die Herrschaft im Staat zu erringen suchen, so akzeptiren
wir damit das bestehende Gesetz einfach als Realität, während
der Herr Staatsanwalt, indem er unsere Schlussfolgerung ver
werft, das bestehende Gesetz für bloßes Blendwerk, für ein
goldenes Rindchen und silbernes Rautchen“ erklärt, und damit die

Gesetzgeber, indem er ihre bona fides in Abrede stellt, aufs Größ
lichste insultirt. Aus dieser Zwischmühle ist kein Entkommen. —

Aber die Fürsten, sagt der Herr Staatsanwalt, die Fürsten
werden sich nicht in eine von der Majorität des Volkes geforderte
Staatsveränderung fügen — „das glauben die Angeklagten selbst
nicht!“ — Ich habe dem gegenüber ein größeres Recht zu sagen:
der Staatsanwalt glaubt selber nicht, daß wir Hochverräter sind,
denn sonst würde er sich nicht zu solch desprecanten Kunstgriffen
versteigen, um uns zu Hochverrathern zu machen. Was hat die
Frage: ob die Fürsten sich gutwillig fügen werden oder nicht, mit
diesem Prozeß zu thun? Das ist eine Frage des gesunden Men
schenverstandes der Fürsten, aber nicht unserer Schuld oder Un
schuld. Welche Ereignisse die Zukunft bringen wird, das weiß
der Herr Staatsanwalt so wenig als wir. Aber was er eben
samt wie wir aus der Geschichte gelernt haben sollte, ist, daß es
keine Macht gibt, welche Staats- und Gesellschaftseinrichtungen,
die sich überlebt, das heißt, die aufgehört haben politische und so
ziale Nothwendigkeiten zu sein, auf die Dauer aufrecht zu erhalten
vermöchte. Die Gewalt, mit der das Reizgewordene, das Reu
werdende sich Bahn bricht, sich voranwagt, ist so unwiderstehlich,
daß selbst die eifrigsten Gegner vor der Majestät dieser Thatsache
sich beugen, und geschehen lassen müssen, was sie nicht ändern können.
Hat nicht, um ein frappantes Beispiel aus der neuesten Geschichte
anzuführen, der staunenswerthe Aufschwung, den im letzten Viertel
jahrhundert Industrie und Handel bei uns in Deutschland ge
nommen haben, sich vollzogen unter der Herrschaft eines dem Han
del und der Industrie todtfeindlichen Systems, so daß man mit
Fug sagen kann, die deutsche Bourgeoisie ist unter der Herrschaft
ihrer Feinde ins Leben getreten, politisch zur Hauptmacht, ökonom
isch zur Diktatur gelangt? So gut wie die Mantuffel, West
phalen, Bismarck dem Handel und der Industrie, welche sie in
ihrem junkerlichen Hergen als Behiel der Revolution verdammen,
Vorschub leisten, den großen Städten, welchen sie von Haus aus
den Untergang geschworen, zu beschleunigter Vergrößerung helfen
mußten und müssen — einfach weil sie nicht gegen die unwider
stehliche Strömung zu schwimmen die Kraft haben — ebenjotzt
kann doch ein Fürst einsehen, daß die Zeit der Monarchie vorbei,
und daß es für einen Mann, der das Unglück hat auf einem
Thron geboren zu sein in einer Zeit, welche die Throne zu sehr
unsicheren und unbegreiflichen Eßeln macht, weit klüger ist, frei
willig bei Zeiten auf den Thron zu verzichten, als die heran
brausende Sturmfluth abzuwarten. Hätte Maximilian nicht gut
gethan die Krone niederzulegen, sobald er sich auf Mexikanischem
Boden von der wahren Sachlage überzeugt hatte? Die Geschichte
erzählt uns von Monarchen, von Monarchen mächtiger als einer
der Reuzer, die freiwillig ihre Kronen niederlegten zu einer Zeit,
da größerer Glanz und größerer Werth in Kronen war als heu
zutage. Sie erzählt uns von Diokletian, vielleicht dem geistig
bedeutendsten der römischen Kaiser; sie erzählt uns von Karl V.,
wenn wir den zweiten der Hohenstaufen ausnehmen, unstreitig dem
geistig bedeutendsten der deutschen Kaiser, was wir auch von seiner
Kirchenpolitik halten mögen. Jedenfalls lebt kein Fürst, den der
Vergleich mit einem Diokletian oder Karl V. nicht ehren würde;
der in seinem Ruf Noth litte, wenn er das Beispiel dieser beiden
Monarchen nachahmte. — Und etwas Anderes: die Monarchie,
welche wir jetzt haben, ist die sogenannte konstitutionelle Mon
archie. Noch vor wenig Jahrzehnten waren unsere konstitutionellen
Monarchen absolute Monarchen, d. h. sie waren Fürsten von
Gottes Gnaden, mit unumschränkter Gewalt über Leben und Eigen
thum ihrer Unterthanen. Diese unbeschränkte Gewalt haben sie
ausgegeben, sie haben sich unter das Gesetz gestellt und das Recht
des Volkes an der Gesetzgebung mitwirken anerkannt. Wohl an,
der Sprung aus dem absoluten Königthum in das konstitutionelle
ist kein so großer als der aus dem konstitutionellen Königthum in die
Republik, und um konstitutionelle Könige zu werden, als sein
konstitutioneller König, um Präsident einer Republik
zu werden. (Womit ich natürlich nicht gesagt haben will, die
künftigen Republiken würden ehemalige Fürsten zu Präsidenten
wählen.) Das monarchische Prinzip ist mit dem absoluten Königs
thum geopfert — das konstitutionelle Königthum hat kein Prinzip
zu opfern, bloß einen Namen. Wie dem aber auch sei, es ist
doch kein Hochverrath, anzunehmen, die Fürsten lernten ihre Zeit
begreifen. Umgekehrt will mich bedünken, daß der Herr Staats
anwalt, wenn er es für Hochverrath erklärt, die Fürsten
für vernünftig zu halten, sich selber zwar nicht eines Hochver
raths aber doch einer rechtschaffenen Majestätsbeleidigung schuldig
macht. —

„Gewalt allein kann die Ziele der Angeklagten realisiren“,
meint der Herr Staatsanwalt. Das ist seine Sache, und, was
der Herr Staatsanwalt meint, geht diesen Prozeß nichts an.
Ich meine: die Ziele der Sozialdemokratie werden sich ebenso
gerne friedlich verwirklichen, als unsere Gegner Verstand und
Ehrlichkeit haben. Vor Allem Ehrlichkeit — honesty is the best
policy — Ehrlichkeit ist zur Lösung der sozialen Frage
nicht bloß die beste, es ist die einzige gute Politik. —

Die Anklage, das muß vor Allem festgehalten werden, hat es
nur mit Handlungen, mit Thatsachen zu thun, nicht mit
Möglichkeiten, mit Meinungen. Was wir unter gewissen,
noch nicht eingetretenen Bedingungen vielleicht thun werden, geht
Niemand etwas an; was wir gethan haben, gehört vor den
Richter. Was morgen geschieht, was ich morgen denken werde,
weiß weder ich noch der Herr Staatsanwalt. Und was ich heute
denke, geht den Herrn Staatsanwalt nichts an. Ich für meinen
Theil glaube, daß die politisch-soziale Krise nicht friedlich ver
laufen, daß es in der That zu der gewaltsamen Revolution kommen
wird, welche das Schreckgespenst des Herrn Staatsanwalts ist.
Ich glaube dies, weil ich, auf die Geschichte und auf persön
liche Erfahrung gestützt, nicht an die staatsmännische Intelligenz
der Gewalthaber glauben kann. Aber mit diesem meinem Glauben
hat der Herr Staatsanwalt, hat der hohe Gerichtshof sich
nicht zu befassen, und man kann mich deshalb ebensowenig be
strafen, als man Jemand bestrafen kann, weil er glaubt, daß ihm
fleisch besser bekomme als Hammelfleisch, oder Hammelfleisch
besser als Rindfleisch. Und die Ansicht des Herrn Staatsanwalts,
unsere Ziele liegen sich bloß auf dem Wege der gewaltsamen Re
volution verwirklichen, ist nicht nur kein juristischer Beweisgrund,
sie ist auch ebendrei total unrichtig. Als vor 40 Jahren
das Schwurgericht verlangt wurde, galt dies Manchem für eine
revolutionäre Forderung, die nimmermehr gutwillig gewährt
werden konnte. Jetzt haben wir das Schwurgericht, und Die,
welche es damals verlangten, haben sicherlich keine Revolution ge
macht. Die kleinste, zehnte Reform ist nicht ohne gewaltsame
Revolution durchzuführen, wenn die Regierungen ein starres Beto
entgegensetzen. —

Seinen vermeintlichen Haupttrumpf hat sich der Staatsanwalt
zum Schluß aufgespart: „Wenn Sie die beiden Angeklagten nicht

verurtheilen, so sanktioniren Sie die Revolution in Per
manenz!“

Gemach! Betrachten wir uns diese Trumffarte etwas näher.
Es ist eine falsche Karte. Sie schießt nicht. Die Revolution in
Permanenz! Die Herren Geschworenen brauchen sie nicht erst zu
sanktioniren. Die Revolution wartet nicht auf Staatsanwälte
und Geschworene. Wir haben „die Revolution in Permanenz“. Die
Weltgeschichte ist eine fortlaufende Revolution. Geschichte
und Revolution sind identisch. Der revolutionäre Umgestaltungs
prozeß in Gesellschaft und Staat ist keinen Moment unterbrochen,
denn Staat und Gesellschaft sind lebendige Organismen — und
das Aufhören dieses Umgestaltungs-, dieses Erneuerungsprozesses
wäre der Tod. Das haben wir Sozialdemokraten erfasst, und
daraus sind wir eine revolutionäre Partei, d. h. eine Partei,
welche sich das Ziel gesetzt hat, die der naturgemäßen Entwid
lung von Gesellschaft und Staat entgegenstehenden Schranken aus
dem Wege zu räumen. —

Kurz, die Weltgeschichte ist „die Revolution in Permanenz“. Und jeder Versuch, diesen permanenten, ununterbrochenen, nach un
abänderlichen Gesetzen sich vollziehenden gesellschaftlich-staatlichen
Erneuerungsprozeß, welchen Sprachgebrauch und Wissenschaft als
Revolution im weiteren Sinne bezeichnen, gewaltsam zu hemmen
und zu stören, führt mit Nothwendigkeit zu einer gewaltsamen
Reaktion aus dem Inneren des Staats- und Gesellschaftskörpers,
und diese Reaktion ist die Revolution im engeren
Sinne, die Revolution der Staatsanwälte — die Re
volution der Staatsanwälte in doppelter Bedeutung; die Re
volution, wie die Staatsanwälte sie verstehen, und die Revo
lution, an der die Staatsanwälte so fleißig arbeiten, die sie so
fleißig „machen“ helfen. „Nichts ist revolutionärer“, sagt
der Engländer Mathew Arnold, „wie auch nichts unnatür
licher ist, als die Idee, Alles beim Alten zu lassen, im Wider
streit mit der Bestimmung alles Geschaffenen: fleißig vorwärts zu
gehen.“ Ich kann dem Herrn Staatsanwalt die Anerkennung
nicht verweigern, daß er sehr „revolutionär“ ist.

Die Revolutionen der Staatsanwälte sind nur kleine Zwischen
fälle in der allgemeinen Revolution. An dem Beispiele Frank
reichs läßt sich mit besonderer Klarheit erkennen, wie solche Revo
lutionen „gemacht“ werden: durch störriges, unerbittliches,
unehliches Anklagen der Regierenden gegen den
naturgemäßen und naturnothwendigen Entwicklungs
prozeß des Staats und der Gesellschaft. Was von der
großen französischen Revolution, der Revolution par excellence
ist, gilt von allen Revolutionen. Privatpersonen, und wären
sie noch so reich und mächtig, haben nicht die nötige Gewalt zu
einer gewaltsamen Störung des allgemeinen Entwicklungsprozesses.
Diese Gewalt haben nur die Regierungen, und es ist darum
in der Geschichte keine „Revolution“ verzeichnet, die nicht das
Berk der Regierungen wäre“. Unter guten Regierungen d. h.
Regierungen, die das Gesamtinteresse und die Gesamtinteressen
der den Staat bildenden Individuen vertreten, sind Revolutionen
einfach unmöglich; Revolutionen können nur und müssen sich er
eignen unter Regierungen, welche entweder in den geschichtlichen
Entwicklungsprozeß ungeschickt hineinzufassen, oder nur die Inter
essen eines Theils der Staatsbürger, einer Klasse, eines Standes
vertreten, und die Interessen des Restes, der meistens die große
Mehrheit ist, vernachlässigen, schädigen, den Interessen der Bevor
zugten opfern. Eine gute, verständige Regierung leitet den Strom
der wogenden Volkskraft über das ganze Land, indem sie ein, alle
Gebiete und Bezirke umfassendes, die Fluthen gleichmäßig verthei
lendes Schlingen- und Bewässerungssystem organisiert; eine schlechte,
unverständige Regierung sucht den Strom zuzudämmen, was un
vermeidlich heftige Ueberschwemmungen zur Folge hat, und schließ
lich doch nicht hindert, daß sich die Wassermassen den Weg wieder
öffnen, den ihre natürliche Schwere ihnen gebieterisch anweist.
Witunter machen solche Pflückerregierungen noch im letzten Mo
ment, wenn sie die Unwiderstehlichkeit der Elementarkräfte zu ahnen
ansetzen, ein Loch in den Damm, um dem Strom einen harm
losen Abfluß zu gestatten. Das hat aber bloß die Wirkung, daß
der Damm, mit allem was drauf und dran ist, etwas rascher hin
weggespült wird, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Summa Summarum: Nur die Regierungen haben die
Mittel, Revolutionen zu verhüten und Revolutionen zu
„machen“.

Jede Revolution ist, abgesehen von sonstigen schlimmen Con
sequenzen das vernichtendste Armutsgewürz für die Regierung,
unter welcher sie ausbricht, durch welche sie veranlaßt wird, und
welche für sie nach jeder Richtung verantwortlich ist — auch ohne
Ministerverantwortlichkeitsgesetz. Jede Regierung, unter der eine
Revolution stattfindet, ist um deswillen eine schlechte Re
gierung.

Genug. Wir Sozialdemokraten „machen“ keine Revolutionen;
wir studiren den revolutionären Entwicklungsprozeß von Staat
und Gesellschaft, der auch, ohne daß wir gewal am eingreifen,
mit schwindelnder Schnelligkeit vor sich geht, und wir weben im
Uebrigen nach Kräften mit am sauberen Webstuhl der Zeit. Re
volutionen zu „machen“ das überlassen wir den Regierungen,
Kaisern, Königen, „genialen Staatsmännern“, Polizeidirektoren
und sonstigen privilegierten Staats- und Gesellschaftsrettern, die
Herren Staatsanwälte nicht zu vergessen, deren hervorragende
Thätigkeit auf diesem Gebiete zu ignoriren der schwärzeste Un
dank wäre.

Vom Schlachtfeld der Industrie.

Das statistische Bureau in Berlin hat eine Untersuchung über die
gewaltsamen Todesfälle und Verletzungen in preussischen Staate
während der Jahre 1869 bis 1872 (mit Ausnahme der durch
feindliche Waffengewalt hervorgerufenen) veranstaltet. Die Reful
tate sind jüngst veröffentlicht worden. Der Eindruck, den man
beim Lesen dieses Werkes gewinnt, mag dem ähnlich sein, der
Einem beim Wandeln durch die Ratskamben Roms bis ins Mark
erschütternd packt. Die Beobachtungen umfassen den kurzen Zeit

*) Mit diesen Worten schloß im Leipziger Hochverrathesprozeß der Herr
Staatsanwalt seine Anklagerede.

**) Die Berliner „Kreuzzeitung“, Hauptorgan des legitimistischen
Gottesglaubens, schreibt in ihrer Nummer vom 4. Nov. 1873: „An
gesichts von den Ideen der Encyclopädisten überleserte, er selbst (Lud
wig XVI. von Frankreich) die auf so unermühtem Grund ruhende
Unmöglichkeit der Herrschaft der Revolution, welche bekanntlich, wie je
desmal, von oben begann.“ Die „Kreuzzeitung“ meint natürlich,
Ludwig XVI. hätte es vermeiden können und sollen, die Revolution
zu „beginnen“. Das ist, gelinde gesagt, eine unwissenschaftliche Naivität,
die schon durch die Worte: „wie jedesmal“, auf ihren wahren Werth
zurückgeführt wird. Was „jedesmal“ geschieht, ist nicht Zufall, nicht
Laune, ist Naturgesetz. Auf alle Fälle nehmen wir das Gesandnis
der „Kreuzzeitung“ ad acta, daß Revolutionen jedesmal von oben
begonnen werden“. Nicht bloß „begonnen“, — ganz „gemacht“, wie
Dant und Daar.

*) Leipziger Hochverrathesprozeß. Ausführlicher Bericht über
Verhandlungen des Schwurgerichts zu Leipzig im dem Prozeß gegen
Kreuzzeitung, Hebel und Heyner wegen Vorbereitung zum Hochverrath vom
26. März 1872. Bearbeitet von den Angeklagten. Leipzig 1874.
Verlagsanstalt Buchdruckerei. 600 Seiten.

Correspondenzen.

raum von 4 Jahren und nur die Monarchie Preußen. Und in dieser Spanne Zeit, für dieses einzige Land konstatiert das Berliner Bureau 26,287 tödliche, 6387 nichttödliche Unglücksfälle. Der Bericht, welcher genau spezifiziert, lehrt uns, daß innerhalb des arbeitenden Volkes der Industrie der gewaltsam tödliche Tod die schauerliche Ernte von 19,789 Menschenleben gehalten hat, und daß 5249 als verblümmelte Krüppel dahinsiechen. Und weiter sehen wir, wie die Landwirtschaft in dem Jahre 1872 1222 Menschen fordert, und 142 Verlegungen verursacht, die Industrie aber 3444 in das kalte, vielleicht erlösende Grab schleudert und 1439 Verblümmelte auf den Schlachtfeldern der Industrie, auf denen es keine Zeichen gibt, herumirren läßt. Ein noch grellerer Licht auf diese schöne Welt „Gottes“, der seine Sonne aufgehen läßt über Gerechte und Ungerechte, ein Licht, das uns den Grund und die Ursache all dieses Jammers bloßlegt, d. h. die Institutionen und das Produktionssystem der Bourgeoisstaaten, wirft die Thatsache, daß die Einkommensteuerzahlenden in diesen 4 Jahren nur 100 zum Contingent der Berunglückten stellten, während von den Klassensteuerzahlenden 9481 einem gewaltsamen Tode erlagen. „Zufälliger Todes“, sagt der Bericht bei der letztgenannten Kategorie. Zufällig? Geht nur hin, wo die Maschinen brausen, die Räder saulen, steigt nur hinab in die Tiefen der Gruben, überall dorthin, wo der Tod seine Sense schwingt, persönlich forscht dort nach den Ursachen des Todes. Kennt ihr die Gruben, die die Habsucht verfallen läßt, kennt ihr die verpesteten Fabrikräume und Werkstätten, ihr mythischen Fabrikinspektoren? Ja wohl, bei Champagner und Ausern inquiriert man den „unglücklichen Zufall“, mit philanthropischen Crocodilethänen konstatiert man den „Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Getödteten oder Verletzten“.

Die Zahlen sagen es: die beste der Welten ist eine Mördergrube. Aber aus ihr „gehen hervor Finger, gleich einer Hand“ und schreiben an die getünchte Wand des Palastes, darinnen die Gewaltigen und Könige der Industrie schmelzen und proffen und die goldenen silbernen Götter loben mit deutlicher, dem Volke verständlicher Schrift: Mene, mene, tekel, upharsin: Du bist gewogen und zu leicht gefunden.

— Bezüglich der Einigung oder Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen Deutschlands sind die vorbereitenden Schritte so weit gediehen, daß sich jetzt die Bedingungen, unter welchen dieselbe zu Stande kommen kann, schon ziemlich übersehen lassen. Ueber zweierlei hat man sich zu verständigen: Programm und Organisation. Selbstverständlich ist dabei, daß alle äußere Verständigung vergeblich sein würde, falls es nicht gelingen sollte, auf beiden Seiten dasjenige abzustreifen, welches — wenn auch durch Tradition und Erziehung liebgewonnen — stets nur trennend und abstoßend zu wirken vermag. Mit andern Worten: für die Sozialdemokratie darf es in Deutschland vom Tage der Einigung an weder „Lassalleaner“ noch „Eisenacher“ geben. Noch liegt ein Wortlaut des, dem zu Pfingsten in Aussicht genommenen Einigungs-Congresse zu unterbreitenden Programms oder der gemeinsamen Organisation nicht vor. Aber es steht zu erwarten, daß man allgemein folgende, vorläufig vorbereitend erwogene Gesichtspunkte gutheißen wird:

1) Betreffs des Programms: Dasselbe ist möglichst kurz zu fassen. In seinem ersten Theil soll es eine negative Kritik der heutigen Gesellschaftszustände, in seinem zweiten Theil eine allgemein gehaltene Aufstellung dessen, was die sozialdemokratische Partei erstrebt, enthalten. Zur Erläuterung des Programms und seiner einzelnen Punkte ist ihm ein Manifest oder eine Denkschrift beizufügen, welche — vom Congreß angenommen — später als offizielle Deklaration des Programms in Kraft tritt.

2. Betreffs der Organisation: Soweit die Vereinigesehe es gestatten, organisiert sich die Partei einheitlich. Die Führung der Parteigeschäfte wird einer Centralleitung, bestehend aus drei oder fünf Personen und Aufsatz oder Direktorium genannt, übertragen. Die Centralleitung der Centralleitung geschieht durch eine Ueberwachungscommission, welche anderswo, als am Parteivorort, sesshaft ist. Um etwaige Streitigkeiten zwischen der Centralleitung und der Ueberwachungscommission zu schlichten, überhaupt als oberste Vertrauensbehörde zu fungiren, wird ein Vorstand oder eine Beschwerdecmission eingesetzt. Die Mitglieder dieser letzteren Körperschaft wohnen an verschiedenen Orten und werden direkt vom Congreß oder von der Generalversammlung ernannt.

Frage sich nun ein Jeder — haben wir drüben —, wie weit er mit diesen Bedingungen sympathisirt, damit bald herausgefunden werden kann, ob das formelle Ziel der Einigung zu Pfingsten erreichbar sei und ob alsdann die Vereinigung baldigt in Fleisch und Blut übergehen werde. Sind die Einigungen für die Vereinigung auf beiden Seiten anwährend gleich stark, dann kann Ende Januar alles Nähere bezüglich der Congreßvorlagen bestimmt und die Einberufung des Congresses definitiv ausgeschrieben werden.

— Der Berliner „Sozialist“ kündigt in einer Ansprache seinen Lesern an, daß er von Neujahr 1875 ab zu erscheinen aufhören werde. Er sagt:

„An unsere Leser! Mit dieser Nummer hört der „Sozialist“ auf, regelmäßig zu erscheinen. Nachdem der hier bestehende Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sich als die geeignetste Organisation zur Verbreitung unserer Prinzipien bewährt hat, halten wir es unnötig, die Opferwilligkeit unserer Gesinnungsgenossen noch länger für ein Blatt in Anspruch zu nehmen, das in Form und Inhalt nie die Grundlage eines Lokalblattes hätte abgeben können. Der Aufgabe, die wir uns gestellt, sind wir, so weit es uns möglich, nachgekommen; wir treten zurück und überlassen die Fortführung unserer Arbeit dem Wahlverein.“

Gewerkschaften.

Angewandter deutscher Schneiderverein. Augsburg. Das Vereinsstatut ist in das Gasthaus zur Finstern Stube am hinteren Perlachergasse verlegt, woselbst auch das Arbeitsnachweibureau jeden Abend von 8—9 Uhr geöffnet ist, was jedem Gehilfen zur Beachtung dienen möge.

Soz. Rep. Eisenloz, Vertrauensm. Halle a. S., 21. Dezember. (Warnung.) Wir warnen hiermit Jedermann vor dem Schneidergesellen Louis Schwedhelm aus Löwenberg (Schlesien). Derselbe war hier Mitglied und hat sich seit 14 Tagen heimlich von hier entfernt unter Zurücklassung von 13 Thaler Schulden. Wir machen hauptsächlich die Dresdener Kollegen und Parteigenossen auf Schwedhelm aufmerksam, da derselbe seinen Weg wahrscheinlich dorthin genommen hat. J. A.: J. Beher, Bev.

Hamburg, 21. Dezember. Den hiesigen Parteigenossen und „Volkstaat“-Abonnenten zur Nachricht, daß vom 1. Januar ab Einrichtungen getroffen sind, wonach für St. Georg und St. Pauli eigene Colporteurs angestellt werden; dadurch sind wir in die Möglichkeit versetzt, jedem Abonnenten genannter Vorstädte, der bis jetzt durch die Colporteurs nicht besorgt werden konnte und deshalb auf der Post abonniren mußte, den „Volkstaat“ durch den Colporteur zustellen zu lassen.

Da nun durch diese Einrichtung auch für obengenannte Vorstädte das monatliche Abonnement ermöglicht wird, so hoffen wir, daß die Parteigenossen durch rege Agitation dafür Sorge tragen, daß die Abonnentenzahl immer mehr wächst und dadurch unser Partei-Organ auch an hiesigem Orte an Einfluß gewinnt.

Diejenigen Postabonnenten, welche ihre Bestellung durch die Post noch nicht erneuert haben, werden ersucht ihr Exemplar jetzt durch die Colporteurs zu beziehen.

Abonnements auf den „Volkstaat“ werden entgegengenommen von: A. Geib, Ködingermarkt 12; J. Auer, Breitestraße 39, f 1; dann durch die beiden bisherigen Colporteurs Schulz und Schütz sowie in jeder Versammlung des „Sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins.“

Die Commission für Verbreitung des „Volkstaat.“ Geyer, 26. Dezember. Centralcomité des 19. Wahlkreises. Das Comité beschloß auf dem 3. Januar 1875 eine Bezirkskonferenz in Köpenick abzuhalten um in erster Reihe den Versammlungskalender für die Wienerische Agitationsreise festzusetzen und sodann über eine stabile Organisation zu beraten. Es gilt nun, Parteigenossen, die alle Orte vertreten sind und dadurch ihren festen Willen bekunden, unerschütterlich für die gerechte Sache zu wirken.

Also auf nach Köpenick! E. Demmler. E. Schletter. Braunschweig. Ein Theil der Metallschläger-Gehilfen Leckhausen liegt angeblich mit den Meistern wegen Lohnreduktion in Conflict. Wir ersuchen deshalb, Zuzug nach dort fernzughalten. Ausführlicher sachlicher Bericht folgt von Leckhausen.

Für die Vorortverwaltung: E. Schubert. Meerane, 15. Dezember. In gestriger zahlreich besuchter Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft wurde einstimmig beschlossen, die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen gut zu heißen. Gerade in der Zeit, wo die Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter am hiesigen Orte aufgelöst ist, begrüßen wir die Vereinigung mit doppelter Freude. Die Freude ist so zu sagen eine allgemeine, da auch die hiesigen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, welche schon lange brüderlich mit uns zusammenwirkten, einen ihrer sehnlichsten Wünsche in Erfüllung gehen sehen.

Offenbach, 20. Dezember. Am 19. Dezember fand dahier eine gemeinschaftliche Versammlung der hiesigen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt mit der Tagesordnung: „Besprechung über die Vereinigung“, und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei findet nach den Ausführungen sämtlicher Redner, daß die Art und Weise, wie beide Fraktionen sich bisher bekämpften, der Entwicklung der Arbeiterbewegung Deutschlands sowohl, wie der gesamten Welt nur schädlich sei und erklärt ihre vollste Einverständnis mit den Beschlüssen der Berliner Sozialisten-Versammlung.“

Gotha. Anlässlich einer am 15. November in Erfurt abgehaltenen Volksversammlung ist gegen mich Anklage erhoben worden wegen Majestätsbeleidigung, Entstellung staatlicher Einrichtungen und Beschimpfung der christlichen Kirche. Es ist wahrhaft bewundernswürdig, auf welch leichtem Material die Herren Staatsanwälte die schwersten Anklagen fabriciren. Ich möchte den Herren Staatsanwälten den Vorschlag machen, in sämtlichen offiziellen Zeitungen bekannt zu machen, daß jeder Reichsfeind, der in einer Versammlung spricht, angeklagt wird. Dies würde fruchten und zahlreiche Prozesse und Uebertretungen der Gesetze würden vermieden. Obgleich oder weil ich mich der größten Dejectivität in jenem Versammlung befleißigte und meinen Vortrag in das friedlichste Gewand kleidete, da mir der Besetzungseifer des Erfurter Staatsanwalts bekannt ist, werden in der Anklageschrift nur aus dem Zusammenhang herausgerissene Sätze den Richtern vorgelesen, welche am 14. Januar stattfinden, und das Resultat derselben werde ich seiner Zeit berichten.

W. Bod. Forth i. d. Loos. Seitdem die hiesige Parteimitgliedschaft politisch geschlossen ist, ist unter den Parteigenossen etwas Laune eingetrichtert und sie bekundeten nur dadurch etwas Leben, daß sie dann und wann als „Volkstaat“-Leser eine Besprechung hielten, welche aber meist resultatlos blieb, da es bis jetzt an Kräften mangelte, welche in agitatorischer Beziehung etwas Tüchtiges zu leisten im Stande wären. Um nun diesem Zustande ein Ende zu machen, hielten wir es für unsere Pflicht, eine Arbeiterversammlung einzuberufen, welche auch am Freitag, den 11. d. Mts. im Lokale des Herrn Goy stattfand. Als Tagesordnung hatten wir aufgestellt: „Zweck und Nutzen der Arbeitervereine“. Referent A. Behr. Derselbe hob in seinem Referat hervor, wie notwendig es sei, daß die Arbeiter sich vereinigen, um die heute herrschenden Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Er wies durch Beispiele nach, wie die heutige Gesetzgebung eine Klassengesetzgebung sei, und wie die bestehende Klasse bei allen Einrichtungen, welche sie schafft, für sich stets ein Hinterthürchen offen läßt, wie z. B. beim Militär den Einjährigfreiwilligen-Dienst. Zum Schlusse schlägt der Referent vor, einen sozialdemokratischen Wahlverein zu gründen und zu diesem Zwecke eine Commission zu wählen, welche die nötigen Schritte einzuleiten hat. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen, und wir hoffen, daß der Verein recht bald zu Stande kommt. Wir ersuchen nun die Parteigenossen, in dieser Beziehung thätig zu sein, damit, wenn der Verein zu Stande kommt, sofort ein tüchtiger Kern vorhanden ist. Ferner ist es Pflicht jedes Parteigenossen, dafür zu sorgen, daß auf unser Parteiorgan, der „Volkstaat“ recht zahlreich abonniert wird. Laßt Euch nicht abschrecken durch die Maßregelungen, blickt auf Eure Brüder im übrigen Deutschland, wie sie kämpfen und ringen, Ihr dürft nicht länger zurückbleiben, damit der Reaction, welche sich mehr und mehr anfängt breit zu machen, ein fester Damm entgegengesetzt wird. Ein Parteige. E.

Gießen. Ueber die hiesigen Parteiverhältnisse können Sie von Andern besser unterrichtet werden. Soviel aber weiß ich, daß hier die Agitation in den Arbeiterkreisen noch manches zu wünschen übrig läßt. Sind auch die Hindernisse groß, so ist doch der Boden ergiebig und es wäre wahrhaftig endlich mal an der Zeit, daß hier

und überhaupt in ganz Oberhessen etwas lebhafter agitirt wird. Die Leute sind hier noch gar zu weit in politischer Beziehung zurück, ein Umstand, der lediglich dem überwältigenden Einfluß der protestantischen Pfaffen zuzuschreiben ist. Diesen zu brechen und die Arbeiter aus ihrem politischen Schlafe aufzurütteln, wäre daher das Erste, was hier unternommen werden müßte.

Hamburg. (Für Buchbinder.) Wegen Lohnherabsetzung in der Papier- und Geschäftsbücher-Fabrik „Aktien-Gesellschaft“ (vorm. Rubens) Streife ausgebrochen. Zuzug fern halten. Das Comité.

Berichtigung.

In Nr. 146 ist in der Correspondenz Apolda, 3. Seite 3. Spalte, Zeile 10 von oben, durch eine Weglassung der Silben entstanden. Es muß da heißen: „So ist z. B. in Apolda der Mann, welcher Sozialdemokraten bis aufs Messer (scharf geschliffen?) bekämpfen zu wollen erklärt hat, Herr Bürgermeister Franke, weder im Vorstande, noch im Ausschusse des Reichsvereins ja soß könnte es scheinen, als ob er, der den Reichsverein in Leben gerufen, demselben gar nicht angehöre.“

Briefkasten.

der Expedition. Vorhild Witwe: Ist Berseben der Post, er klammern Sie. Die 11 Expl. haben Sie unterdessen bereits von uns erhalten? J. Pffe Johannesthal: Die Frankfurter-Ztg. kostet das Vierteljahr 2 Thlr. 15 Gr.; Sie können auf dieselbe bei Ihrer Postanstalt abonniren. Briefe senden Sie nur an die Expedition derselben in Frankfurt a. M.

Quittung.

der Expedition. S. Stamm Stuttgart Schr. 15 gr. Ad Würzburg Schr. 1 Thlr. 4. Drehschiff Reisklau Schr. 4 Thlr. 4 7. Böhre Greiz Schr. 1 Thlr. 19. 5. Altmr Basel Schr. 2 Thlr. 22. Brand Hannover Schr. 9 gr. A. Reddyr Stey: Schr. 17 gr. Fr. Gynl Stettin Nr. 13 Thlr. 29. R. Wll hier N. N. J. Arb.-Ztg 1 Thlr. 6 Ph. Ktr Sten Ab. n. Schr. 7 Thlr. Böhm hier Schr. 7 gr. Schltz Redl Schr. 3 Thlr. 1. Rhns Delmenhorst Schr. 2 Thlr. 25. Sch Oberhausen Schr. 22 gr. 5. Fische Galindien Schr. 12 gr. Hng Penig Schr. 10 gr. Schwitz Wlzburg Ab. 2 Thlr. 15. Dims Wiesbaden Schr. 5 gr. Pfg Jägerndorf Ab. 1 Thlr. 24. Schr. 1 Thlr. 8 Schlg Hamburg Ab. 15 Thlr. Schr. 20 Thlr. Znl Breslau Ab. 8 Thlr. 14 Dschk Preiburg Ab. 4 Thlr. 1. Cingr Uederrath Schr. 1 Thlr. 2. G. Nitman Wroosfricht Ab. 25 gr., i. Begleitung Ihres Contos sind noch 17 gr. nöthig. Grimm Mainz Ab. 6 Thlr. 8. 7. L. Andr Stollberg Ab. 4 gr., Schr. 2 Thlr.

Fond für Gemeinnützigkeit.

Von Dr. J. hier 5 gr., v. B. Schwitz Wlzburg 5 gr. 6., gel. 8. Weihnachtsfeste der Schuhmacher hier 1 Thlr. 15., Schnl Blumen: 30 vor. Nr. muß es anstatt 4 gr. „4 Thlr.“ heißen.

Zum Wohlfund.

Von Gabriel in Detroit (Amerika) 1 Thlr.

Anzeigen etc.

Berlin Wahlverein der soz.-dem. Arbeiterpartei. Donnerstag, den 31. Dezember, (Sylvester) auf „Königs Höhe“, Dreißwalderstraße 8, am Königsthor: Großes allgem. Sylvester-Fest. (Concert, Ball etc.)

Billets a 2 1/2 Sgr. sind zu haben bei den Colporteurs des „Volkstaat“, bei Rubenow, Brunnenstraße 34 und in den öffentl. Versammlungen des Wahlvereins. Erhöhter Kassenpreis. Alle Freunde und Gesinnungsgenossen sind hierzu freundlichst eingeladen. Keiner darf bei diesem Feste fehlen. [30] Viederbücher sind mitzubringen. Der Vorstand.

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 2. Januar, Abends halb 9 Uhr, bei Gittel, Andreasstraße Nr. 26: Versammlung.

Sonntag, den 3. Januar, Nachmittags 2 Uhr, bei Carius, Prinzenstraße Nr. 12: Vorstandssitzung. — Der Vorstand muß zeitlich am Platze sein. — Tagesordnung: Abrechnung.

Sonnabend, den 9. Januar: Generalversammlung im Versammlungslokale. Au Graß! G. Lemke. [10]

Berlin Gewerkschaft der Metallarbeiter. Sonnabend, den 2. Januar, Abends halb 9 Uhr: Versammlung bei Macke, Auguststraße 80 — L. O.: 1) Kassen- und Revisionsbericht. 2) Antrag auf Erhöhung der Krankengelder. 3) Abstimmung über die gefaßten Beschlüsse des Magdeburger Gewerkschafts-Congresses. Um zahlreiche Theilnahme ersucht J. A.: G. Behrend.

Hannover Sozial-politischer Arbeiterverein. Sonnabend, den 2. Januar 1875, Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Barling, Knochenhauerstraße 59, findet die erste Generalversammlung statt.

Tagesordnung: 1) Bericht der Vereinsthätigkeit. 2) Kassenbericht. 3) Vorstandswahl. 4) Sonstige Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden aufgefordert, ihrer Pflicht gemäß, Alle zu erscheinen. A. Petsch d. J. Vorsitzender. [8]

Thonberg Schaffkopf-Clubs der Nothen, im Saale der „Ebenhalle“ zu Neurendlich. Sonntag, den 3. Januar: Weihnachtstfeier des Schaffkopf-Clubs der Nothen, im Saale der „Ebenhalle“ zu Neurendlich. Freunde und Gesinnungsgenossen sind hierzu eingeladen. [10]

Alle an mich gerichteten Briefe etc. bitte ich wie folgt zu adressiren: B. Horn, Kollstraße Nr. 8, 1 Treppe, Ebersfeld. [7 1/2]

Im Verlage der ersten steiermärkischen Genossenschafts-Buchdruckerei Graz, Annenstr. Nr. 17, ist soeben erschienen und durch die Buchhandlung des „Volkstaat“ zu beziehen:

Prozess Dr. Hippolyt Tauschinski und 31 Genossen wegen Religionsstörung und geheimen sozialdemokratischen Verbindungen. (3c) [40]

Groß Octav, 179 Seiten stark, broch. 50 Kr. 58. B. — 10 Gr. Der Reintext dieser Broschüre ist für die Inhabanten bestimmt. Dieses für die Arbeiter sehr lehrreiche Buch enthält nebst einer Vorrede den umfangreichen Anklagebescheid, sowie nach stenographischen Aufzeichnungen den ganzen Verlauf der neuntägigen Verhandlung, die vollständigen Reden des Staatsanwalts, der Verteidiger, die Verteidigungsrede des Angeklagten Dr. Tauschinski und den Urtheilsspruch.

Filialexpeditionen.

welche uns für das erste Quartal 1875 ihren Bedarf nicht angezeigt haben, oder mit Abonnementsbeträgen noch im Rückstande sind, erhalten vom 1. Januar an keine Zusendungen mehr. Die Expedition des „Volkstaat“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert. Redaktion Godestraße 4, Expedition Zeitungsstraße 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.